

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates zu Gröba,

Donnerstag, den 22. Oktober 1908, abends 8 Uhr im Gemeindegemeinschaftsraum.
Tagesordnung: 1. Besuch der freiwilligen Sanitätskolonne Riesa um Beschaffung und Aufstellung eines Verbandstafels in der Gemeinde Gröba. 2. Real-

abteilung zur Oshagerstraße von Fabrikbesitzer Müller, Leipzig betr. 3. Besuch der Gasen-Kanal-Gesellschaft, Bauabteilung betr. 4. Fahrwege in der Riesaer- und Streblauerstraße betr. 5. Rechnung über Bauabteilung u. von Ingenieur Böge-Wredde. 6. Wasserwerkbau (Versuchsbrennen) betr. Nichtöffentliche Sitzung.
Gröba, am 20. Oktober 1908.
Der 1. Gemeindevorsteher.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 21. Oktober 1908.

Der Nationalliberale Verein Riesa hatte für gestern abend zu einer öffentlichen Versammlung nach dem Wettiner Hof eingeladen und dieser Einladung war man leblich zahlreich gefolgt. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Rechtsanwalt Fischer, eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten und Worten des Dankes für das Erscheinen. Darauf ergriff der Redner des Abends, Herr Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Jund-Weipig, das Wort und führte aus, wenn er auch, wie angekündigt, über die politische Lage im Reich sprechen wolle, so könne er doch nicht umhin, auf die schwere Entscheidung hinzuweisen, die die nationalliberale Partei in Sachsen zu fassen habe. Er erinnerte an die Tagung des nationalliberalen Bundesauschusses am vergangenen Sonntag in Dresden, bei der es zu lebhaften Debatten über die sächsische Wahlrechtsvorlage gekommen sei. Der Hauptgegenstand der sächsischen Wahlrechtsvorlage sei die Einteilung in ländliche und städtische Wahlkreise. Die Hoffnung, damit bei einer neuen Wahlrechtsvorlage aufzuräumen, sei nicht erfüllt worden. Der sächsische Wahlrechtsentwurf halte diese Einteilung aufrecht. Die Zahl der Wahlkreise werde in diesem Entwurf auf 96 erhöht. Davon sollten 48, also die Hälfte, ländlichen Charakter tragen, 21 Abgeordnete sollten auf die großen Städte, 16 auf die nicht genannten Städte entfallen und 11 Wahlkreise sollten aus städtischen und ländlichen Gemeinden zusammengesetzt werden. Die 48 ländlichen Wahlkreise könnten nun als annähernd sicherer Besitzstand der Konservativen gelten. Der Kampf mit der Sozialdemokratie wäre also den anderen Parteien überlassen. Das sei ein Unrecht und deshalb müßten die liberalen Parteien darauf bestehen, daß die Spaltung in städtische und ländliche Wahlkreise aufgehoben werde. Dankbar wäre da der Gettinersche Vorschlag zu begrüßen, durch den die Wahlkreise nach den Amtsgerichtsbezirken festgelegt würden. Dann hätte jede Partei gleichermäßen den Kampf mit der Sozialdemokratie zu führen. Die Regierung wolle den sächsischen Entwurf zu dem ihrigen machen; sie habe das Pluralsystem adoptiert. Wenn man aber einzelnen 1, 2, 3 oder 4 Stimmen gebe, so müsse das Unzufriedenheit erregen. Schließlich habe die Regierung soweit nachgeben wollen, die Zwischenstufen abzugeben, also dem einen Wähler eine, dem anderen gleich vier Stimmen zu geben. Das müsse ebenso aufreizend wirken. Wenn man das Pluralsystem einführen wolle, so möge man eine Stimme dem mehr geben, der ein gewisses Alter erreicht habe, das würde ein vorzüglicher Ausgleich sein, aber diesen Ausgleich habe die Regierung zurückgewiesen. Es wäre angebracht, daß auch die heutige Versammlung gegen den Regierungsvorschlag ihre Stimme erhebe. Denn der Regierungsvorschlag sei deswegen verhängnisvoll, weil er unsozial wolle, weil er alles gerühre, was die liberalen Parteien aufgebaut und sich erkämpft hätten. Den schönen Erfolg der letzten Wahlen in Sachsen dürfe es aufgeben, wolle man ein derartiges Wahlrecht gutheißen. Schulter an Schulter müßten die liberalen Parteien kämpfen, um ein solches Gesetz zu verhindern. Redner kam dann auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Man stehe noch unter dem Eindruck des Münchener Parteitag, bei dem, trotz dem Abg. Singer die Beschlüsse ein Evangelium und Heiligtum genannt habe, zwei Auffassungen des Sozialismus geblieben seien: die Zielbewußten und Revisionisten. Die Revisionisten seien aber nicht geworden, so daß es schneien konnte, als sei völlige Einigkeit erzielt worden. Trotz dieser Tatsache dürfe man sich nicht dem Fortum hingeben, daß eine tatsächliche Spaltung eingetreten sei. Die Sozialdemokratie werde die Klassenkampfpartei bleiben und deshalb dürften die liberalen Parteien im Kampf nicht nachlassen. Aber wenn es jemals einen Moment gegeben habe, wo der Sieg winkte, so sei das jetzt. Denn der Marxismus sei im Abnehmen begriffen. Die Theorie von der Vereinerung der Massen habe sich als unwahr erwiesen. Der Lohn des deutschen Arbeiters sei höher gestiegen als die Preise der Lebensmittel, so daß diese Theorie sich als unrichtig erwiesen hat, ebenso die Zusammenbruchstheorie, die Fabel von dem großen „Kladderadatsch“. Niemand von der Sozialdemokratie wolle jetzt vom Zukunftsstaat zu reden, und damit habe die Sozialdemokratie ihren Zauber verloren, den sie früher auf Unklare ausgeübt habe. Klugdenkende Arbeiter hätten erkannt, daß es zu viel sei, was man ihnen zugemutet habe. Der Zukunftsstaat sei eine große Lüge gewesen. Man müsse der Sozialdemokratie immer entgegengetreten und dem Arbeiter die Frage entgegenhalten, ob er in der Sozialdemokratie die wahre Vertreterin seiner Interessen erkenne. Wer kenne nicht den Terrorismus, den die Sozialdemokratie ausübe; die Sozialdemokratie habe auch zu den großen Arbeitgeberorganisationen geführt. Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik gebe es keine größere Torheit als die Politik der Sozialdemokratie. Deutschland sei beim Bezug von Rohprodukten, z. B. Baumwolle, auf das Ausland angewiesen. Von der Billigkeit des Bezuges hänge wesentlich die Höhe des Lohnes des Arbeiters ab. Wenn in den deutschen Kolonien sozialer Rohbaumwolle zu erzeugen möglich wäre, daß sie bei der Preisbildung ins Gewicht fallen würde, so wäre das ein Segen für die Arbeiterklasse. Das müsse man der Sozialdemokratie immer wieder vorhalten. Die Forderung des Behaltens der Sozialdemokratie sei: Sozialpolitik zu treiben, des Kampfes gegen die Sozialdemokratie wegen. Nur dürfe sich die deutsche Sozialpolitik

nicht allein auf die Fürsorge für die Industriearbeiter erstrecken, sondern es müßten die sich ergebenden Ungleichheiten bezüglich aller Stände ausgeglichen werden. Die Sozialpolitik umfasse auch die Fürsorge für die Landwirtschaft, zumindest für den Mittelstand in der Landwirtschaft in sich. Die nationalliberale Partei sei immer für die Landwirtschaft eingetreten und noch nie ein Feind der Landwirtschaft gewesen. Welcher umfasse die Sozialpolitik die Fürsorge für den Mittelstand. Die Liberalen müßten Mittelstandspolitik treiben, doch nicht alles in einen Topf werfen, denn unter dem Mittelstand gebe es Gruppen, die sich selbst zu helfen vermöchten. Nur der gewerbliche Mittelstand sei des Schutzes bedürftig und für ihn zu sorgen sei Pflicht des Staates. Doch dürfe dieser gewerbliche Mittelstand auch an seiner eigenen Kraft nicht verzweifeln. Wenn ein Handwerker tüchtig und geschickt sei, so könne er schon noch bestehen. Für gute Arbeit sei noch Absatz vorhanden. Deswegen solle aber der Staat nicht nachlassen. Von der Handwerkerfrage sei nun die Frage des Beschäftigungsnachweises auszuheben, die durch Einführung des kleinen Beschäftigungsnachweises gelöst sei. Man habe diesem Gesetzergebnis zustimmen können, denn daß die heranwachsende Jugend Lehrling erhalte, die selbst etwas verdienen, sei berechtigt. Die nationalliberale Partei sei entschlossen, dem Gewerbe zu helfen durch Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und Regelung des Ausverkaufswesens. Mittelstandspolitik sei ferner die Fürsorge für die Privatbeamten, deren Ansehens an die Invaliditäts- und Altersversicherung eine Forderung der Gerechtigkeit sei, für die die nationalliberale Partei stets eintreten würde. Dann sei weiter in der Fürsorge für die Arbeiter nicht nachzulassen. Redner kommt hierbei noch auf die Arbeiterversicherung, auf die Arbeiterbeschäftigung und die Selbsthilfe zu sprechen, schließlich die Wirkung der Tarifverträge, durch die auf friedlichem Wege vieles erreicht worden sei. Den Tarifverträgen müsse man den nötigen Reichsschutz angeheben lassen, doch dürfe niemand zu solchen Verträgen gezwungen werden. In dieser Richtung vermittelnd zu wirken, fühle sich die nationalliberale Partei berufen. Eine vermittelnde Politik werde die nationalliberale Partei auch treiben bei der Reichsfinanzreform. Die kleinen Finanzreformen der letzten Jahre hätten bekanntlich nicht vermocht, das Reichsbudget einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Die Ansehenswirtschaft könne nicht so weitergehen. Das Deutsche Reich habe jetzt 4 1/2 Milliarden Mark Schulden. Für die nächsten fünf Jahre sei eine weitere Milliarde angewiesen. Mit den Schulden der Bundesstaaten seien rund 20 Milliarden Schulden vorhanden. Wenn nun auch das Nationalvermögen noch 200 Milliarden Mark betrage, so sei doch das Tempo erschöpfend, in dem die Schulden gemindert seien. Nun müßten 500 Millionen Mark Steuern aufgebracht werden und das sei nur durch indirekte Steuern, durch Belastung der Genussmittel, namentlich alkoholfähiger Getränke und Tabak, möglich. Von einer Reichsteinkommensteuer müsse man absehen. Zwar wäre es bei der Belastung der großen Genussmittel nicht ausgeschlossen, daß sich eine Belastung des Mittelstandes ergäbe, nur müsse man suchen, die Ungleichheiten auszugleichen. Als solche Ausgleichsteuer bezeichne er die Nachsteuer, die mit vorgelegt werden würde, gegen die sich allerdings der Bund der Landwirte stark wende. Auch zu einer Vermögenssteuer könne die nationalliberale Partei rufen und es sei nicht ausgeschlossen, daß der Bund sich zu dieser Steuer einigte. Soffentlich halte bei Beratung der Reichsfinanzreform der Bund zusammen, die nationalliberale Partei werde mit ganzer Seele bei der Reichsfinanzreform sein und ihren nationalen Standpunkt vertreten. Damit schloßen die anderthalbstündigen Ausführungen, die von den Anwesenden mit lautem Beifall aufgenommen wurden. Herr R.-K. Fischer dankt dem Redner noch besonders. Das Wort erhielt dann Herr Brummer, der auf mehrere vom Vortragenden berührte Fragen den Standpunkt der Sozialdemokratie kundgab. Zunächst erwähnte er bezüglich des sächsischen Wahlrechtsentwurfs, daß jedes Pluralwahlrecht ein Unrecht sei; auf den Terrorismus übergehend, behauptete er, daß dieser nicht von der Sozialdemokratie ausgegangen sei. Bezüglich der Kolonialpolitik sei es nachweislich, daß die deutschen Kolonien nicht sozialer Baumwolle produzieren könnten, wie Bedarf vorhanden sei, daß man dieses Rohprodukt von anderen Ländern kaufen müsse. Die Handwerkerfrage betreffend führte er aus, daß man den Handwerkerstand, der leistungsfähig sei, nur kapitalkräftiger machen müsse; bezeichnete weiter die Besteuerung der Konsumvereine als eine ungerechte Doppelbesteuerung der Konsumvereinsmitglieder und sagte schließlich, daß man die 500 Millionen Mark neuen Steuern durch Progression der höheren Einkommen im Handumdrehen hereinhaben würde. Diese Ausführungen wurden in einem kurzen Schlußwort des Herrn Justizrat Dr. Jund noch beleuchtet und schlagfertig widerlegt. Daß man allseitig mit den Ausführungen des Hauptredners einverstanden war, bewies die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige vom Nationalliberalen Verein Riesa einberufene Versammlung hält mit dem Bundesauschusse der nationalliberalen Partei Sachsens gegenüber den neuesten Wahlgrundrissen der Regierung die schroffe Scheidung der Wähler in zwei Gruppen, deren eine durch drei Zusatztimmen ausgezeichnet ist, für unannehmbar, sie verurteilt die Einführung der beschränkten Wahlrechtswahl für die großen Städte; sie hält die Wahl-

rechtsstellung des Regierungsentwurfes für unannehmbar; sie bittet die nationalliberale Fraktion des sächsischen Landtags, auf eine liberalen Grundrissen entsprechende Einteilung ungeographisch geschlossener Wahlkreise mit möglichst gleicher Bevölkerungszahl nach dem Gettinerschen Entwurf hinzuwirken.“

Mit einem Hoch auf König, Kaiser und Vaterland ging die Versammlung auseinander.

7. Die 8. Strafkammer des Königl. Landgerichts Dresden verhandelte gegen den 24 Jahre alten Registrator Paul Friedrich Wagner aus Glauchitz, zuletzt in Riesa wohnhaft, wegen Unterschlagung. Der Angeklagte verblüht gegenwärtig eine 1 1/2 jährige Gefängnisstrafe, die ihm wegen schweren Diebstahls zuerkannt worden ist. In dem vorliegenden Falle soll Wagner im April d. J. einen größeren Geldbetrag, den er von einem Geschäftsführer zur Ablieferung an einen Kinematographenbesitzer erhalten, sich rechtswidrig zueignen haben. Der Angeklagte stellte dies in Abrede, er will nur vergessen haben, das Geld abzuliefern. Da dem Gericht diese Behauptung glaubhaft erschien, wurde Wagner kostenlos freigesprochen.

20 bis 24 Zentner schwer — von der Hamburger Wahlrechtsausstellung treffen heute abend hier ein und können von Interessenten von Donnerstag früh 8 Uhr ab bis Freitag bei Herrn Viehhändler Bruno Schneider, Wismarstraße, besichtigt werden.

— Aus Dresden wird dem „Op. R.“ geschrieben, daß die Erfahrungen, die die sächsische Eisenbahnverwaltung mit dem Betrieb von Motorwagen gemacht hätte, nicht befriedigend ausgefallen seien, und daß daher die Einstellung weiterer Wagen dieser Gattung zurzeit nicht beabsichtigt werde.

— Eine Uferverbesserung wird jetzt am Diesdorer Winkel vorgenommen. Diese Stelle war bisher eine der gefährlichsten Passagen für die Elbschiffahrt in Sachsen. Das Flußbett ist an dieser Stelle sehr tief, während die Tiefe Stromaufwärts beträchtlich abnimmt und in der Raufen Furt am Göhrschiffen am geringsten ist. Die Ufer hat also an dieser Stelle großes Gefälle, das besonders der Frachtschiffahrt große Gefahren bringt. Unfälle sind ja auch schon genug zu verzeichnen gewesen. Die Schiffahrtsinteressenten haben sich deshalb an die Strombauverwaltung mit dem dringenden Ersuchen um Abhilfe gewandt, dem diese nachgegeben ist. Seit Anfang Juli sind in der Raufen Furt Dammmaschinen tätig, um die Fahrtrinne zu vertiefen. Um nun die hier gehobenen Geröllmassen für die notwendig werdende Uferregulierung nutzbar zu machen, hat die Strombauverwaltung beschlossen, eine Abkühlung des rechten Ufers am Diesdorer Winkel gleichzeitig vorzunehmen. Sie hat zwischen dem Markstein 188 und 186 auf 822 Meter Länge ein Vorlager aus harten Bruchsteinen in den Strom einbauen lassen, dessen Krone mit minus 180 Zentimeter Dresdner Pegel gleichsteht. Von der Krone des Vorlagers steigt einen Meter hoch in spitem Winkel die Kiesfüllung auf, die dann in der Steigung 1:25 weiter bis zum festen Ufer ansteigt. An der Dampfmaschinenstelle in Diesdorf hat die jetzt in der Ausführung begriffene Schüttung eine Breite von 40 Meter. Stromaufwärts nimmt sie bis auf 28 Meter ab. Die Arbeiten geschehen in Uebereinstimmung mit der zukünftigen Uferregulierung, die in der nächsten Finanzperiode dem Landtage zur Beratung und Genehmigung vorliegen und dann die ganze rund 4 Kilometer lange Strecke von der Jabeler Furt bis zum Bösen Gruberfeld in Gehlitz umfassen wird. Das Vorlager soll später nach dem Sitome zu mehr abgestakt werden. Die Arbeiten werden bis zum Eintritt des strengen Frostes in Gang gehalten, können aber in diesem Jahre nicht beendet werden. Die Schiffahrt begrüßt die neue Verbesserung mit großer Freude. Große Vorsicht wird aber auch nach Beendigung der Regulierung an dieser Stromstelle noch nötig sein.

Schönefeld b. Großschönau. Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich in Thienendorf. Dort scheuten aus unbekannter Ursache vorgestern abend gegen 8 Uhr die Pferde eines mit leeren Fächern beladenen Rittergutsgeschwäres und gingen durch. Dabei fiel der kauscher Fährschwanz vom Wagen, wurde eine Stange gespalten und schritt hierbei schwere Kopfverletzungen. Der Arbeiter Schwanze, welcher die unrühmigen Pferde aufhalten wollte, geriet hierbei ebenfalls unter dieäder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch im Laufe des Abends verstorben ist. Der Verunglückte hinterläßt Frau und vier Kinder. Die Verletzungen des kauschers sind nicht lebensgefährlich.

Moritzburg. Am nächsten Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, den 27., 28. und 29. Oktober findet die Abfischung des Grobfisches bei Moritzburg (schleife Bahnstation Harnsdorf) statt. Der sogenannte Mittelreiß (Bahnstation direkt Moritzburg) wird am Montag und Dienstag, den 2. und 3. November gefischt. Der Kleinreiß der gefangenen Fische wird, wie üblich, gleich wieder an diesen Tagen an Ort und Stelle vor sich gehen.

Weißten. Die fünf R. S. Militärvereine Weiffen planen die Errichtung eines König Albert-Denkmales, das in den Anlagen des „König Albert-Gartens“ errichtet werden soll. Es wird deshalb an die Ministerialverwaltung ein Antrag erlassen, der diese zur Beteiligung auffordert. Verlangt wird, daß in dem Denkmal die Namen des kaiserlichen Führers und gelebten Königs und die Berehrung seiner Soldaten und Untertanen veranschaulicht werde.“